

Veolia macht RWE nass

Einstweilige Verfügung gegen Ausstieg des Energieversorgers aus Berliner Wasserbetrieb // Franzosen fürchten Machtverlust

Michael Gassmann, *Düsseldorf*

Der geplante Ausstieg von RWE aus den Berliner Wasserbetrieben stockt. Mitgesellschafter Veolia, der wie RWE mit 24,95 Prozent an Berlinwasser beteiligt ist, will den Deal zwischen RWE und dem Berliner Finanzsenator Ulrich Nußbaum vorläufig stoppen. „Wir können das von RWE geplante konkrete Verkaufsmodell nicht hinnehmen“, sagte Michel Cunnac, Chef von Veolia Wasser. Das Unternehmen hat deshalb beim Landgericht Berlin Antrag auf eine einstweilige Verfügung gestellt. „Wir bedauern, dass wir zu diesem Schritt gezwungen sind“, so Cunnac.

RWE will den Verkauf möglichst schnell über die Bühne bringen. Der finanziell angeschlagene Energiekonzern macht derzeit Randsparten zu Geld, um seine Bilanz zu entlasten und Spielraum für Investitionen ins Kerngeschäft mit Strom und Gas zu gewinnen. Für sein Viertel an Berlinwasser zahlt Berlin nach unbestätigten Berichten 618 Mio. Euro.

Über den Verkaufsplan zeichnet sich nun eine harte Auseinandersetzung ab. RWE-Finanzchef Rolf Pohligh hatte offenbar bereits mit dem Widerstand von Veolia gerechnet. RWE werde an der getroffenen Vereinbarung nicht mehr rütteln lassen, kündigte er vor zwei Wochen an. „Änderungen zu Lasten eines Vertragspartners wird es nicht mehr geben“, warnte Pohligh.

Davon lässt Veolia sich jedoch nicht abschrecken. „Das ist eine Einigung zugunsten Dritter“, sagte ein Sprecher über den RWE-Vertrag. Der französische Konzern fürchtet den völligen Verlust seines Einflusses. Der Hintergrund: RWE will dem Land seine Hälfte an der Zwischenholding RVB verkaufen, über die RWE und Veolia bisher gemeinsam den privaten Minderheitsanteil von 49,9 Prozent an Berlinwasser steuern. Nach einem Verkauf käme es in der Zwischenholding zu einem Patt zwischen Veolia und Berlin, während das Land direkt ohnehin schon eine knappe Mehrheit besitzt. Das bisherige „Gleichgewicht“ der Interessen zwischen privaten Besitzern und öffentlichem Eigner werde zerstört,

„Wir können das von RWE geplante konkrete Verkaufsmodell nicht hinnehmen“

MICHAEL CUNNAC,
Chef von Veolia Wasser

so Veolia. Es drohe Rechtsunsicherheit bei Entscheidungen etwa über Wasserpreise und die Besetzung von Spitzenjobs. Cunnac erklärte sich zu Verhandlungen mit allen Beteiligten bereit.

RWE wies die Vorwürfe zurück. „Wir teilen nicht die Auffassung, dass durch die Transaktion Rechtsunsicherheit für die Berliner Wasserbetriebe besteht“, sagte eine Sprecherin des Konzerns. Der Verkaufsvertrag betreffe ausschließlich die Anteilseigner, nicht jedoch das laufende operative Geschäft. Die mit dem Land Berlin ausgehandelte Vertragsstruktur stelle auch keine Verletzung der Rechte von Veolia dar. „Ein Zustimmungsvorbehalt zugunsten von Veolia besteht nach unserer Rechtsauffassung nicht“, so die Sprecherin.

Ob Veolia den Plan stoppen kann, ist offen. Noch fehlt die Zustimmung des Berliner Senats und Abgeordnetenhauses sowie von RWE-Vorstand und Aufsichtsrat. Beide Seiten könnten versuchen, rasch Fakten zu schaffen. Ein Sprecher des Landgerichts bestätigte den Eingang von Veolias Antrag. Er kündigte eine mündliche Anhörung für den 30. Mai an.